

Fragen

**für die Fragestunde der 183. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 29. Juni 2005**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baumann, Günter (CDU/CSU)	26	Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	7
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	1, 2	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	9, 10
Dr. Faust, Hans Georg (CDU/CSU)	14, 15	Pau, Petra (fraktionslos)	24, 25
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	3, 4	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU) ...	20, 21
Grund, Manfred (CDU/CSU)	18, 19	Schummer, Uwe (CDU/CSU)	8
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	29, 30	Sehling, Matthias (CDU/CSU)	22, 23
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	6, 28	Spahn, Jens (CDU/CSU)	12, 13
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	5	Vogel, Volkmar Uwe (CDU/CSU)	16, 17
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	11, 27		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

1. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Erkenntnisse der Studie „Sektorale und regionale Strukturen der Nutztierhaltung in Niedersachsen“ vom Institut für Strukturforschung und Planung in agrarischen Intensivgebieten (ISPA) der Hochschule Vechta bekannt, wonach die Legehennenhaltung in Zukunft an Bedeutung verliert, wenn es beim Verbot der ausgestalteten Käfige oder Kleinvöliere bleibt (vgl. DGS-intern vom 18. Juni 2005), und wie beurteilt sie vor diesem Hintergrund die Zukunft der Legehennenhaltung?
2. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die in dieser Studie geäußerte Ansicht, dass neben den wirtschaftlichen Kriterien auch zu berücksichtigen ist, dass das Angewiesensein auf Eierimporte aus Drittstaaten wahrscheinlich dazu führen wird, dass die hohen Qualitäts- und Sicherheitsstandards nicht gehalten werden können (vgl. DGS-intern vom 18. Juni 2005), und wie begründet sie ihre Haltung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

3. Abgeordneter
**Jochen-Konrad
Fromme**
(CDU/CSU)

Wie rechtfertigt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Aufdrucke auf den von ihm verbreiteten Streichholzschachteln „Der Bundesumweltminister: Atomkraft kann tödlich sein“ (Vorderseite) und „Der Bundesumweltminister: Atommüll bürdet Ihnen und Ihren Nachkommen strahlende Lasten auf“ (Rückseite), insbesondere vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), wonach auch bei zutreffendem Inhalt eine staatliche Information in der Form weder unsachlich noch herabsetzend sein darf und die Bundesregierung aufgrund ihrer Aufgabe der Staatsleitung überall dort zur Informationsarbeit berechtigt ist, wo ihr eine gesamtstaatliche Verantwortung zukommt, die mit Hilfe von Informationen wahrgenommen werden kann, sowie dass es zur Aufgabe der Staatsleitung der Regierung gehört, durch rechtzeitige Informationen die Bewältigung von Konflikten in Staat und Gesellschaft zu erleichtern, auf Krisen schnell und sachgerecht zu reagieren sowie den Bürgern zu

Orientierungen zu verhelfen (Pressemitteilung des BVerfG Nr. 67/2002 vom 30. Juli 2002 zum Beschluss vom 26. Juni 2002 – 1 BvR 558/91 und 1 BvR 1428/91 – abgedruckt in der Neuen Zeitung für Verwaltungsrecht 2002, 1088)?

4. Abgeordneter
**Jochen-Konrad
Fromme**
(CDU/CSU)

Wie hoch sind die Kosten für diese Aktion, und welche Reaktionen soll sie bei den Verbrauchern hervorrufen, angesichts des Umstandes, dass die offensichtlich als Vorbild dienenden Warnhinweise der EG-Gesundheitsminister auf den Zigarettenschachteln den Konsumenten zu einer von ihm selbst zu treffenden Veränderung seines Konsumverhaltens veranlassen sollen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

5. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)

Was wurde im Bundeskanzleramt aufgrund der Unterrichtung des Bundeskanzlers, Gerhard Schröder, am 16. August 2001 anlässlich seiner Sommerreise durch die neuen Bundesländer in Eisenhüttenstadt über das Phänomen der unerlaubten Einreise in das Schengen-Gebiet mittels erschlichener Sichtvermerke (Touristenvisa) zum Zwecke der Arbeitsaufnahme hauptsächlich in Spanien und Portugal als ein besonderes Phänomen der Einschleusung von Ausländern veranlasst?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

6. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung seit mehr als drei Jahren keinen Gesetzentwurf eingebracht, um den Gesetzgeber zu veranlassen, § 1 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (VwRehaG) aufzuheben, obwohl mit der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Februar 2002 feststeht, dass die in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) von deutschen behördlichen Stellen politisch Verfolgten, denen dabei als Nebenfolge (BVerwG 3 C 39/00; ZOV 01,

427) eine Sache konfisziert wurde, tatbestandsmäßig unter das VwRehaG fallen, das aber durch die genannte Norm für sie versperrt ist (BVerwG 3 C 16.01; ZOV 02, 178), was zur Folge hat, dass ihre durch die Verfolgung verletzte Menschenwürde (BVerfG 1 BvL 6/00; ZOV 01, 388) nicht wiederhergestellt wird, da die Verfolgungsakte nicht aufgehoben bzw. für rechtsstaatswidrig erklärt werden, und die Verfolgten die konfiszierten Sachen im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland nicht wiederbekommen?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

- | | |
|--|---|
| 7. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU) | Inwieweit sind die Vorschläge des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, zur Eindämmung des Tanktourismus mithilfe von Tankzuschüssen einer öffentlich-rechtlichen Stiftung mit Europarecht vereinbar? |
| 8. Abgeordneter
Uwe Schummer
(CDU/CSU) | Mit welcher Begründung widerspricht der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Georg Wilhelm Adamowitsch, den Vorgaben des Gesetzgebers für eine verstärkte Stufenausbildung zugunsten des nachgeordneten Anrechnungsmodells (Quelle: Rede bei der Mitgliederversammlung des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung am 6. April 2005, www.kwb-berufsbildung.de)? |
| 9. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos) | Trifft es zu, dass es nach Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Herbst dieses Jahres eine Absenkung des Arbeitslosengeldes II möglich wäre, und wird die Bundesregierung von dieser Möglichkeit Gebrauch machen (Märkische Allgemeine vom 17. Juni 2005)? |
| 10. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos) | Wie viele Arbeitslosengeld-II-Empfänger werden nach Schätzungen der Bundesregierung in diesem Jahr ihre Wohnung wechseln müssen? |

*) Siehe hierzu auch Frage 28.

11. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil nicht deutscher Staatsangehöriger an den Arbeitslosenzahlen in Deutschland – bitte aufgeschlüsselt nach EU-25-Bürgern und Drittstaatlern in absoluten Zahlen und Prozent sowie ins Verhältnis gesetzt zur jeweiligen Gruppe – und wie stellen sich diese Zahlen nach Kenntnis der Bundesregierung im europäischen Vergleich (EU 25) dar, also wie hoch ist im europäischen Durchschnitt der Anteil von Menschen, die nicht die Staatsangehörigkeit des jeweiligen Aufenthaltsstaates besitzen, an den Arbeitslosenzahlen der EU-Staaten – bitte aufgeschlüsselt nach EU-25-Bürgern und Drittstaatlern in absoluten Zahlen, in Prozent sowie ins Verhältnis gesetzt zur jeweiligen Gruppe?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

12. Abgeordneter
**Jens
Spahn**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass der Projektleiter für das Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger ausgeschieden ist, und wenn ja, was waren die Gründe hierfür?

13. Abgeordneter
**Jens
Spahn**
(CDU/CSU)

Welche Ergebnisse hat die erste Zwischenauswertung nach Beendigung des 1. Studienjahres bei der heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger geliefert?

14. Abgeordneter
**Dr. Hans Georg
Faust**
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Präsidenten des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ), Dr. Wolfram Hartmann, zur Notwendigkeit von zusätzlichen Früherkennungs-Untersuchungen U7a, U10, U11 und J2, weil die derzeit von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlten üblichen Vorsorgen (U1 bis U9 sowie J1) den medizinisch-diagnostischen Möglichkeiten hinterhinken und Fehlentwicklungen in der kindlichen Entwicklung dadurch erst häufig zu spät diagnostiziert würden, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die durch die Kinder- und Jugendärzte angebotenen, von Eltern jedoch überwiegend selbst zu zahlenden, zusätzlichen Früherkennungs-Untersuchungen U7a, U10, U11 und J2 (vgl. hierzu auch Ärzte Zeitung vom 23. Juni 2005)?

*) Siehe hierzu auch Frage 27.

15. Abgeordneter
Dr. Hans Georg Faust
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung dazu bereit, den § 26 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) dahin gehend zu ändern, dass zusätzliche Früherkennungs-Untersuchungen, wie z. B. die vom Präsidenten des BVKJ, Dr. Wolfram Hartmann, vorgeschlagenen Untersuchungen U7a, U10, U11 und J2, über die gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet werden können, bzw. ist die Bundesregierung dazu bereit, entsprechende Modellvorhaben zur Erprobung von zusätzlichen Früherkennungs-Untersuchungen zuzulassen (vgl. hierzu auch Ärzte Zeitung vom 23. Juni 2005)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

16. Abgeordneter
Volkmar Uwe Vogel
(CDU/CSU)
- Bis wann wird die Bundesregierung die dritte Teilfinanzierungsvereinbarung zum Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung (u. a. Streckenabschnitt Gera–Gößnitz) unterzeichnen, damit sichergestellt ist, dass die dringend erforderliche Bahninfrastruktur – besonders im Bereich der DB Station & Service – rechtzeitig zum Beginn der Bundesgartenschau 2007 zur Verfügung steht?
17. Abgeordneter
Volkmar Uwe Vogel
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung nach Maßgabe des Gesprächs am 10. Mai 2005 (u. a. mit thüringischen Abgeordneten der Fraktion der SPD) die Fixierung eines Sondertitels für die Finanzierung der Planungen vornehmen sowie dafür Sorge tragen, dass die DB Netz AG für die Straßenüberführung Landstraße L 1358 über die Sachsenmagistrale in Gößnitz die notwendigen technischen Parameter bis zum 30. Juni 2005 mitteilt und die notwendige Planungsvereinbarung gemäß den §§ 3, 12 Nr. 1 des Eisenbahnkreuzungsgesetzes bis zum 30. Juni 2005 vorlegt?
18. Abgeordneter
Manfred Grund
(CDU/CSU)
- Seit wann war der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem kurzfristig verhängten Flugverbot für Onur Air im deutschen Luftraum bekannt, dass schwerwiegende Defizite im operationellen Bereich und im allgemeinen Sicherheits- und Qualitätsmanagement zu verzeichnen waren, und welche Maßnahmen wurden vor dem 12. Mai 2005 ergriffen, um die Fluggesellschaft zu veranlassen, die festgestellten schweren Sicherheitsmängel abzustellen?

- | | |
|---|---|
| 19. Abgeordneter
Manfred Grund
(CDU/CSU) | Welche Kontakte mit welchem Inhalt gab es vor diesem Hintergrund mit Onur Air bzw. der türkischen Luftfahrtbehörde über den geplanten Widerruf der Einflugrechte? |
| 20. Abgeordneter
Albert Rupprecht (Weiden)
(CDU/CSU) | Wann wird die geplante Deutsch-Tschechische Raumordnungskommission eingesetzt, und wie soll diese Kommission von deutscher Seite besetzt werden? |
| 21. Abgeordneter
Albert Rupprecht (Weiden)
(CDU/CSU) | Inwieweit wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass die Vergabe von Genehmigungen zum Bau so genannter Hypermärkte im tschechischen Grenzraum, durch die dem Einzelhandel im deutschen Grenzraum Kunden abgeworben werden, in den Kompetenzbereich der zukünftigen Deutsch-Tschechischen Raumordnungskommission fällt, und dass solche Baugenehmigungen nur im Einvernehmen mit den deutschen Vertretern in der Kommission vergeben werden? |

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|--|---|
| 22. Abgeordneter
Matthias Sehling
(CDU/CSU) | Trifft es zu, dass ein Mitarbeiter der deutschen Visa-stelle in Nowosibirsk, Russland, wissentlich Visa an Personen aus mafiösen Kreisen vergeben hat und mit der Zuführung von Frauen „bezahlt“ wurde, und wenn ja, wie viele deutsche Visa sind durch diesen Mitarbeiter vergeben worden? |
| 23. Abgeordneter
Matthias Sehling
(CDU/CSU) | Wenn die vorangegangene Frage mit „Ja“ beantwortet wurde, was hat das Auswärtige Amt (AA) nach Bekanntwerden dieses Falles getan, und ist der Mitarbeiter nach wie vor im AA beschäftigt, bzw. wann wurde das Arbeitsverhältnis beendet? |
| 24. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos) | Sind der Bundesregierung Überlegungen der US-Regierung bekannt, dem Iran eine geringfügige Anreicherung von Uran zuzugestehen (siehe Süddeutsche Zeitung vom 16. Juni 2005)? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

25. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)
- Worin sieht die Bundesregierung die Einstufung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V.“ (VVN-BdA) als linksextreme Organisation begründet (vgl. Verfassungsschutzbericht 2004, S. 159)?
26. Abgeordneter
**Günter
Baumann**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass der Bundesminister des Innern, Otto Schily, den Arbeitsvertrag des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, in einen Lebenszeitvertrag umwandeln wird (vgl. Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. Juni 2005, S. 2), und wenn ja, aus welchen Gründen erfolgt diese personalpolitische Entscheidung?
27. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- Wie viele nicht deutsche Staatsangehörige leben nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in Deutschland – bitte aufgeschlüsselt nach EU-25-Bürgern und Drittstaatlern in absoluten Zahlen und Prozent – und wie stellen sich diese Zahlen nach Kenntnis der Bundesregierung im europäischen Vergleich (EU 25) dar, also wie viele Menschen leben im europäischen Durchschnitt in den Staaten der Europäischen Union ohne die Staatsangehörigkeit des jeweiligen Aufenthaltsstaates zu besitzen – bitte ebenfalls aufgeschlüsselt nach EU-25-Bürgern und Drittstaatlern in absoluten Zahlen und in Prozent?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

28. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Veräußerung von Grundstücken auf dem Gebiet der ehemaligen DDR laut Grundstücksverkehrsordnung (GVO) der Genehmigung bedarf und dass dies auch für Grundstücke gilt, die in der „Demokratischen Bodenreform“ von deutschen behördlichen Stellen der Länder der SBZ konfisziert wurden und im Eigentum öffentlicher Hände sind und diese Genehmigungen erteilt werden, auch wenn der Verfolgte

*) Siehe hierzu auch Frage 11.

bzw. dessen Rechtsnachfolger nicht zugestimmt hat, und wenn ja, was unternimmt sie, um derartige Genehmigungen zu verhindern?*)

29. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat die beabsichtigte Reduzierung der Haushaltsmittel für die Finanzierungsperiode 2007 bis 2013, wie auf dem EU-Gipfel vom 16. und 17. Juni 2005 in Luxemburg geplant, hinsichtlich der zukünftigen Strukturförderziele 1, 2 und 3?

30. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)

Konnte die Bundesregierung bei den Verhandlungen auf dem EU-Gipfel über den langfristigen EU-Haushalt für die Jahre 2007 bis 2013 erreichen, dass für die ehemaligen deutschen Außengrenzen der EU, entsprechend dem Kommissionsvorschlag einer Strukturfondsgrundverordnung (KOM (2004) 492 endg.), eine spezielle Förderung erfolgt?

*) Siehe hierzu auch Frage 6.

